

Liste der Kürzungen und Streichungen der steirischen Landesregierung in den Jahren 2010 bis 2015

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Behindertenhilfe:

- Massive Kürzungen bei Wohnassistenz, Freizeitassistenz und Familienentlastungsdienst
- Verschlechterung der Betreuungsschlüssel in stationären Einrichtungen um bis zu 30 %
- Reduktion der Zeit für Vor- und Nachbereitung auf teilweise weniger als die Hälfte
- Ersatzlose Streichung der Entwicklungsförderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- Ersatzlose Streichung des Lohnkostenzuschusses und der integrativen Berufsausbildung
- 3 Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung werden gestrichen, der Zugang zu den verbleibenden Maßnahmen wird massiv erschwert
- Streichung der Mittel für die integrative Erwachsenenbildung
- Das neue Behindertengesetz von 2014 bringt eine Aushöhlung des Rechtsanspruchs von Menschen mit Behinderungen auf Unterstützungsleistungen.
- Trotz langer Wartelisten für Plätze in der Behindertenhilfe und trotz „massiver Unterversorgung“ in der sozialpsychiatrischen Betreuung für Menschen mit psychischen Erkrankungen (Zitat aus dem Sozialbericht des Landes Steiermark) wird das Angebot nicht ausgebaut, sondern durch verschiedene Maßnahmen (Nichtbewilligung von Einrichtungen, Aufkündigung des Vertrages mit Trägerorganisation, etc.) bewusst knapp gehalten.
- Laut Soziallandesrat Schrittwieser verloren 1050 Beschäftigte infolge der Kürzungen ihren Job.
- Laut Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz verletzen die Kürzungen und Streichungen 8 Paragraphen der UN-Behindertenrechtskonvention.

Kinder- und Jugendhilfe:

- Streichung der Sozial- und Lernbetreuung: 1500 Kinder verloren ihre Betreuung, 500 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz.
- Reduzierung von Zielwerten im stationären Bereich – Rückschritt in die „Heimära“
- Reduktion der „mittelbaren Zeiten“ um bis zu 50 % und des Zeitausmaßes für Fortbildungen, Supervisionen und Teamsitzungen für MitarbeiterInnen – Folge: Qualitätsverlust in der pädagogischen Arbeit
- Reduzierung der Kostenzuschüsse zu Psychotherapie und psychologischer Behandlung
- Weitere Verschlechterungen durch das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz: Ersatz von gesetzlichen Regelungen durch Verordnungen, Aushöhlung und Streichung von demokratischen Strukturen (z.B. Jugendwohlfahrtsbeirat), präventive Hilfen nur mehr für die Familien, die sie sich leisten können
- Aktuelle Verschlechterungen durch Umstellung auf Sozialraumorientierung: weitere Reduktion des Personalstandes in der Kinder- und Jugendhilfe

Sozialbereich allgemein:

- Mindestsicherung: Verschlechterungen widersprechen 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern
- Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe
- Wiedereinführung des Pflegeregresses – Abschaffung erst nach heftigen Protesten

Bildungsbereich:

- Schulschließungen: 36 Schulen bereits geschlossen, Schließung weiterer 10 Schulen angekündigt
- Abschaffung des Gratiskindergartens
- Kürzung des Landeszuschusses zu den Fachhochschulen um 15 %

Kulturbereich:

- Schon in den letzten 6 Jahren vor 2011 sind Kulturinvestitionen um 10 % gesunken.
- Kürzung der Förderung für das Institut für Kunst im öffentlichen Raum um 50 % und Eingliederung in das Universalmuseum Joanneum
- Streichung der Regionale, Verlust des Budgets für die Regionen
- Schließung des Studios der Neuen Galerie und Eingliederung der Neuen Galerie in das Universalmuseum
- Abschaffung des Landeskulturbeirates und Einführung des Kulturkuratoriums mit den Aufgaben zweier Gremien (Förderbeirat und Kulturbeirat)
- Verzicht auf die Beachtung des Kulturbereichs im neuen Veranstaltungsgesetz und dessen Sicherheitsverordnung
- Streichung eines Einreichertermins bei den Projektförderungen
- Reduktion der Förderungen trotz steigendem Landeshaushalt (Plus 4%)
- Slogan des Kulturlandesrates: „Die Großen retten die Kleinen“ – aber Minus 12% (6 Mio. €) bei den Großen (Landeseigenen Institutionen), und Minus 33% (4 Mio. €) bei den Kleinen (Kulturinitiativen)
- Reduktion der Projektförderungen, die jährlich neu vergeben werden, um 75% (5 Mio. €)
- Kürzungswelle bei einzelnen Projekten um 50-100%
- Viele KünstlerInnen und Kulturinitiativen arbeiteten schon vor den Kürzungen am Existenzminimum. Unter diesen Bedingungen wird Kulturarbeit immer schwerer möglich.

Gesundheitsbereich:

- Schließung der Geburtenstationen Voitsberg und Leibnitz-Wagna
- Schließung des LKH Mariazell
- Schließung von Abteilungen ohne den Aufbau von alternativen Möglichkeiten für den Erkrankungsfall
- Massive Kürzungen bei den Personalständen in den Krankenanstalten
- Weitere Spitalschließungen sind bereits angekündigt.
- Rückbau in der sozialpsychiatrischen Basisversorgung durch die Nichtvalorisierung der Fördermittel für die Beratungsstellen durch den Gesundheitsfonds – betroffen sind insbesondere sozial schwache Menschen, welche sich professionelle Hilfen nicht leisten können.

Frauen:

- haben ein erhöhtes Armutsrisiko
- sind es, die mehrheitlich als Mitarbeiterinnen in all den gemeinnützigen Organisationen die Arbeit leisten; sie haben zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse oder verlieren ihre Arbeit.
- müssen mit unbezahlter Arbeit „einspringen“, wenn sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückzieht.